

Protokoll der Koalitionsverhandlungen am 23.04.1990

1. Die Koalitionspartner unterrichteten sich gegenseitig über ihre Vorstellungen bezüglich der Besetzung der Staatssekretärstellen.

Es wurde vereinbart, bis Dienstag, 24.04.90, 18.00 Uhr, im Büro des Minister Reichenbach eine Kurzbiographie der Vorgeschlagenen (Name, Alter, beruflicher Werdegang, jetzige Tätigkeit etc.) abzugeben, um sie in der Sitzung des Minsiterrates am 25.04.90 den jeweiligen Fachministern zuzuleiten.

Diese sollen dann persönliche Gespräche führen und eine Vorauswahl treffen.

Insgesamt wurde bei 61 Stellen für Staatssekretäre ein Proporz vereinbart, von dem nur \pm eine Stelle abgewichen werden soll:

CDU			
CUS	32 Stellen	28	
SPD	17 Stellen	14	
DSU	6 Stellen	5	
Liberales	5 Stellen	4	
DA	1 Stelle	1	

*von Reichenbach als unzulässig
Anzahl d. Staatssek.*

Einigkeit bestand weiter darin, daß aufgrund des Prinzips der Gewaltenteilung parlamentarische Staatssekretäre nicht zugleich Mitglied eines Parlamentsausschusses sein können.

2. Über die Frage der Zuordnung der Krankenversicherung zum Ministerium für Arbeit und Soziales, ist im Ministerrat wohl noch keine Einigung erzielt worden.

Die Vertreter der SPD betonten, daß in den Koalitionsverhandlungen vor der Regierungsbildung Konsens gewesen sei, daß das Gesundheitsministerium den alten Zuschnitt behalten sollte. Die Sozialversicherungen seien dem Ministerium für Arbeit und Soziales zugewiesen worden.

3. Die Vertreter der SPD informierten darüber, daß die SPD folgenden Auszug aus dem Protokoll der 2. Koalitionsverhandlung vom 4.4.90 im Zusammenhang mit der Koalitionsvereinbarung veröffentlichen *wird*

wird:

folgende Änderung

"In die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Bedingungen über die Anwendung des Artikel 23 GG sind Ergänzungen und Aktualisierungen des GG einzubringen (Weg Artikel 146). *Wie es der mögliche erlaubt*

- 4. Herr Minister Reichenbach informiert darüber, daß im Amt des Ministerpräsidenten Abstufungen von belasteten Mitarbeitern vorgenommen werden, aber zwei Hierarchiestufen nicht übersteigen sollen. Die Lohnzahlungen sollen übergangsweise unverändert erfolgen.
- 5. Für die SPD informierte Richard Schröder über die Absicht der SPD-Fraktion, einen Gesetzentwurf für ein verfassungsändernden Staatsorganisationsgesetz vorzulegen, um das Verhältnis von Parlament und Regierung neu zu regeln.
- 6. Die nächste Koalitionsverhandlung wird am 27.04.90, 09.00 Uhr, im Gebäude der Volkskammer 4. Etage Salon 3 stattfinden.

Termin: Arbeitsreise - Friedrich Zuber, Kögler

*beschl. zurück stellen
Zusatz der Ministerien bis 26.4.90 15⁰⁰ Uhr aus den
Ministerien, damit am Freitag 9⁰⁰ Uhr in Koalitions-
Verhandlungen.*

8950 / 37

B e s c h l u ß e n t w u r f

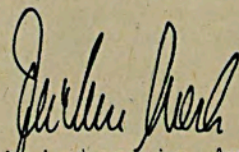
Im Ergebnis des Koalitionsgesprächs vom 23. 4. 1990 beschließt die Regierung:

1. Die für die einzelnen Ministerien unterbreiteten Vorschläge zur Berufung von Staatssekretären werden zur Kenntnis genommen. Sie dienen als Grundlage für das Koalitionsgespräch am 26. 4. 1990 und die zu treffenden Personalentscheidungen (Anlage).
2. Es ist davon auszugehen, daß je Ministerium 2 - 3 Staatssekretäre einschließlich parlamentarische Staatssekretäre berufen werden. Als Orientierungsrahmen für die Personalvorschläge der Parteien der Regierungskoalition gelten die im Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. 3. 1990 bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

Danach könnten diese Parteien folgende Vorschläge unterbreiten:

Christlich-Demokratische Union	32 Staatssekretäre
Deutsche Soziale Union	6 "
Demokratischer Aufbruch	1 "
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	17 "
Bund Freier Demokraten - Die Liberalen	5 "

3. Sofern Personalvorschlägen von den betreffenden Ministern bereits während der Kabinettsitzung zugestimmt wird, gelten diese als von der Regierung bestätigt.


Minister im Amt
des Ministerpräsidenten